

# Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift  
Tageblatt Riesa.  
Sammel Nr. 20.  
Botschaft Nr. 42.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Botschaftszettel  
Dresden 1880.  
Girofasse:  
Riesa Nr. 22.

M 128.

Mittwoch, 5. Juni 1929, abends.

82. Jahrg.

**Das Riesaer Tageblatt** erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Propagandapreis**, gegen Bezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zusatz für die Nummer des Tageblatts sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erreichen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. **Gebühren** für bis 20 mm breite, 1 mm hohe handschriftliche Zeilen 10 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Kolumnenzeile 100 Gold-Pfennige; Zeitungen und tabellarische Zeitungen, Zeitungen und Erfüllungsblätter: Riesa. **Wichtigste Unterhaltungsblätter** "Gräfinchen an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsstätten — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Wiedergabe oder Nachlieferung der Zeitung aber auf Abschöpfung des Bezugspreises. **Notationsdruck und Verlag:** Sanger & Winterlich, Riesa. **Vertriebsschule:** Goethestraße 59. **Verantwortlich für Redaktion:** Heinrich Uhlemann, Riesa. **Für Ausgabe:** Wilhelm Hittich, Riesa.

## Zwangsarbeit u. internationales Arbeitsamt.

Im internationalen Arbeitsamt hat es über die Aussprache über die Zwangsarbeit in den Kolonialgebieten einen Tumult gegeben, der kulturhistorisch ebenso interessant ist wie politisch. Es gehörte zu den niederträchtigen Propagandamitteln während des Krieges, die deutsche Kolonialverwaltung herunterzuziehen, um den Boden für die Annexionpolitik der Entente zu bereiten. Wenn man dann schließlich auch nicht wagte, diese Annexionen furzehand zu vollziehen, sondern das Männchen der sogenannten Mandate erlangt, so ändert das nichts an der Sache. England und Frankreich, die sich die Verwaltung der früheren deutschen Kolonien haben übertragen lassen, beschönigen auch diese vorbereitete Annexion mit bewußtem Lügen über deutsche koloniale Unfähigkeit und Robeit und über das höhere Recht der angeblich humaneren französischen Völker. Nun verlautet aber, daß in Britisch-Indien der vor Jahren eingeführte Zehn-Stundenstag auch heute noch einfach durch fahrliegende Uthren illusorisch gemacht wird. Nur weiß, was die 300 000 Plantagenarbeiter in Indien als Leidspiele auszuhalten haben. In Schanhausen werden alle Strafen mit Vorlese in Form von Strafarbeiten verhängt, weil man auf diese Weise Lösteine sammelt und die Strafarbeiter werden mit Ketten aneinander geschniedet. Der Bau einer Eisenbahnlinie im französischen Tongagebiet hat 25 000 Regen das Leben gefosset, weil man sie statt der fehlenden Maschinen gebraucht und bis zum letzten Atemzug brutal ausbeutete. Man sollte meinen, daß gerade dem internationalen Arbeitsamt davon gelegen sein müsse, von solchen ungewöhnlichen Missständen zu hören, um etwas für deren Abstellung tun zu können. Aber da mußte es freilich schon bedenklich stimmen, daß in dem sogenannten offiziellen Graubuch des internationalen Arbeitsamtes nichts von all diesen Unmenschenleidenschaften enthalten war. Die Denkschrift ist im großen und ganzen im Sinne der englischen und französischen Arbeitgeber gehalten und will es vor allem auch mit den zu ständigen Regierungen nicht verderben. Man erklärt die Zwangsarbeit angelichts der unüberbesserten Faulheit der Einwohner für unvermeidlich und gibt ihr beiderseitig den beidmündigen Namen „Pflichtarbeit“. In der Montagkonferenz beglaubigten denn auch die Abänderer der Zwangsarbeit bezeichnenderweise das Arbeitsamt und seinen Direktor, Herrn Albert Thomas, zu dem Bericht und zu den in den Kolonien angeblich erzielten Erfolgen. Die Vertreter Indiens und Japans waren empört. Der deutsche Vertreter, Kurtvängler, ein Gewerkschaftler, der in Frage kommenden Verhältnisse durch seine aufgedeckten Seiten aus eigenem Augenchein kennengelernt hat, konnte erschütternde Tatsachen mitteilen. Das führte bei Herrn Albert Thomas eine wahre Ekstase herbei, so daß er völlig die Herrschaft über seine Nerven verlor, mit unglaublichem Zwischenrufen die Ausführungen Kurtvänglers unterbrach und ihm schließlich das Weiterreden verbot. Diese traurige Szene dürfte voraussichtlich noch lange nachdauern und in weiten Kreisen außerhalb Gents das Vertrauen zum internationalen Arbeitsamt erheblich erschüttern. Wenn man Herrn Albert Thomas schon oft vorworfen hat, daß er sich viel mehr als Vertrauensmann der Entente-Regierungen wie als Vertrauensmann der Arbeiterschaft der Welt fühle, so hat er dieser Auffassung durch sein Verhalten bei der Aussprache über die Zwangsarbeit reichlich neue Nahrung zugesetzt. Die Wahrheit über die Zustände in englischen und französischen Kolonialgebieten wird sich aber trotz Herrn Albert Thomas und trotz aller schönen Graubücher des internationalen Arbeitsamtes auf die Dauer doch nicht verborgen lassen.

## Ein treffen der deutschen Delegation in Madrid.

In Madrid. Staatssekretär von Schubert ist gestern abend mit dem fabrikmäßigen Vater Schmidlinge pünktlich 8,35 Uhr in Madrid angelkommen. Mit ihm eingetroffen sind Ministerialdirektor Gaud, Geheimerat Großherr von Weißacker und einige andere der deutschen Delegation angestellte Beamte. Das spanische Ratsmitglied, Botschafter Quinones de Leon, hatte sich mit verschiedenen leitenden Beamten des spanischen Außenamtes zur Begrüßung am Bahnhof eingefunden. Der deutsche Botschafter Graf Welzien war der deutschen Delegation bis Toledo entgegengesessen.

## Die Frage der internationalen Regelung der Arbeitszeit der Angestellten.

In Genf. Die gestrige Sitzung der internationalen Arbeitskonferenz war einer allgemeinen Aussprache über die internationale Regelung der Arbeitszeit der Angestellten gewidmet. Sowohl die Vertreter der sozialistischen Organisationen wie auch die Delegierten der christlich-sozialen und anderer Verbände traten für eine internationale Regelung ein. Dabei wiesen sie auf die große Unmöglichkeit der Handelshäuser hin, die in zahlreichen Großstädten zu Großbetrieben anwuchsen. Auch der Geschäftsführer des Bundes der technischen Angestellten und Beamten Deutschlands, Dr. Ufermann, vertrat nachdrücklich den Standpunkt einer internationalen Regelung der

## Völlige Einigung in Paris.

Belgien nimmt die deutschen Markvorschläge an.

### Die Frage der belgischen Markbanknoten geregelt.

In Paris. (Funksp.) Die Frage der belgischen Markbanknoten ist gestern geregelt worden und zwar auf der Grundlage der Vorschläge, die Reichskanzler Schacht am 8. 6. in dem bereits veröffentlichten Brief an den Vorsitzenden der Reparationskonferenz Owen Young gemacht hat. Die deutsche Delegation hat gestern im Namen der Reichsregierung die Erklärung abgegeben, daß der Bevollmächtigte für diese Angelegenheit, Ministerialdirektor Dr. Ritter, bereit ist, die Verhandlungen mit einem beglaubigten Vertreter der belgischen Regierung aufzunehmen und daß diese Verhandlungen entweder in Paris oder Brüssel stattfinden sollen. Es handelt sich um rein finanzielle Verhandlungen, in deren Verlauf selbstverständlich territoriale Fragen nicht ausgeworfen werden können. Ferner ist bestimmt worden, daß die deutsch-belgischen Verhandlungen vor der Inkraftstellung des Young-Plans zum Abschluß gebracht werden sollen und daß die Regelung auch dahin gehen könne, die Entschädigungszahlungen in Annuitäten in Anlehnung an das Zahlungsschema des Youngplanes festzulegen. Durch diese gestern nachmittag erfolgte Einigung ist das letzte Hindernis aus dem Wege geräumt, sodass der Unterzeichnung des Berichts der Sachverständigen nunmehr nichts mehr im Wege steht.

### Unterzeichnung am Freitag?

Über die am Dienstag vormittag unter den alliierten Sachverständigen in der belgischen Markfrage erfolgte Einigung gibt der "Tempo" folgende halbamtliche Darstellung: Es wurde beschlossen, spätesten am Freitag die gemeinsame Unterschrift des Berichtes unter folgenden Bedingungen vorzunehmen, die im Laufe des Nachmittags von dem Vorsitzenden Owen Young Dr. Schacht überreicht werden sind und die, wie der "Tempo" annimmt, kaum noch Schwierigkeiten hervorrufen dürften:

1. Die belgische Sachverständigengruppe erhält die Sicherung, daß die Versprechungen mit Deutschland über die Entschädigung für die Belastungsmark unverzüglich beginnen werden, d. h. bald Ministerialdirektor Dr. Ritter in der Lage sein wird, Berlin zu verlassen. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich in Brüssel stattfinden.
2. Die Frage einer Gebietsänderung darf während dieser Verhandlungen nicht angeschnitten werden.
3. Belgien wird dieselben Garantien erhalten, die ihm eine vorhergehende Unterschrift eines Abkommens in der Markfrage gewährt hätte, d. h. Belgien soll bezüglich der von ihm geforderten finanziellen Benutzung insofern Sicherheit erhalten, als der Dawesplan über den 1. September hinweg in Kraft bleibt, wenn eine deutsch-belgische Einigung bis zu diesem Termin nicht erzielt ist.

In Paris. Die Tributziffern, die gestern nach Angabe der französischen Gruppe auf der Tributkonferenz als endgültig verbindlich werden, zeigen, daß das aus französischer Sicht den Tatsachen entspricht. Die deutsche Gruppe berechnete den Gegenwartswert der gesamten Tribut auf 33, höchstens 34,2 Milliarden Goldmark. Nach der offiziellen französischen Berechnung dagegen sind es selbst wenn man die noch ausstehenden Tribut für die belgische Kriegsmarke völlig außer Acht läßt, 38 017 Milliarden Goldmark, die sich folgendermaßen zusammenstellen:

1. fünf Monate Dawesplan, vom 1. April bis 31. August 1929: 1240 Millionen Goldmark;
2. vom 1. September 1929 bis 31. März 1930 der zu einem Brink von 5,5 Prozent berechnete Gegenwartswert von 37 Annuitäten (je im Durchschnitt von 1988 Millionen Goldmark) = 13 886 Millionen Goldmark;
3. der Dienst der Dawesmarke im Jahresdurchschnitt von 61,8 Millionen Goldmark ergibt einen Gegenwartswert von 1021 Millionen Goldmark;
4. der Gegenwartswert der 22 leichten Annuitäten, die Deutschland vom 1. April 1930 an für die Abbedung

Angemessen. Der Vertreter der deutschen Regierung, Ministerialdirektor Dr. Gisler, erklärte, daß die Regierung der Frage günstig gegenüberstehe, jedoch die zahlreichen Schwierigkeiten ihrer Regelung nicht verneine. Es gäbe, den verschiedenen Bedürfnissen gebührend Rechnung zu tragen. Auch der Vertreter der britischen Regierung, Wolse, vertrat die Ansicht, daß eine einheitliche Regelung für alle Länder und für alle Zweige der Angestellten auf große Hindernisse stoßen werde. Im Namen der Arbeitgebergruppe erklärte Hartel, eine gleichförmige Regelung für alle Zweige sei nicht zweckmäßig. Die Frage wurde schließlich an die zuständige Kommission zur eingehenden Beratung übertragen.

der interalliierten Kriegsschulden zu zahlen bei: 277 Millionen Goldmark.

Das ergibt

zusammen 38 017 Millionen Goldmark.

Davon erhält Frankreich nach Angabe der französischen Sachverständigen reichlich die Hälfte, nämlich 19 867 Millionen Goldmark, also nicht weniger als 117 751 Millionen Franken. Es verbleiben ihm also nach völliger Rückzahlung seiner Kriegsschulden noch 42 Millionen Franken Reparationsstschuld, die es zur Abtragung seiner inneren Schulden verwenden wird.

### Die belgischen Forderungen.

In Paris. Durch den Brief, den Reichskanzler Schacht gestern dem Vorsitzenden der Reparationskonferenz gezeichnet hat, ist in der Angelegenheit der belgischen Markbanknoten eine neue Lage geschaffen. — Nach der "Chicago Tribune" sieht die Mehrzahl der belgischen Delegationen dieses Schreiben als einen greifbaren Beweis für den guten Willen Deutschlands an und — wie verlautet — drängt man daher die Belgier dazu, die nächsten Berichtsaufgaben anzunehmen. Obwohl eine Neuerung aus Brüssel hierzu noch nicht vorliege, habe man in Rouen versprochen gestern abend allgemein den Einstand gehabt, daß die Unterzeichnung des Sachverständigenberichts am nächsten Tag erfolgen könnte. Owen Young zieht optimistisch zu sein und habe angekündigt, er beschreite am Sonnabend die Rückreise nach Amerika angetreten.

### Bericht über die gefährliche Reparationskonferenz.

In Paris. Über die gestern nachmittag abgeschlossene Vollzung der Reparationskonferenz, die 3. Sitzung geschehen hat, ist der folgende Bericht aufzugeben worden:

In der Vollzung des Sachverständigenberichts ist heute nachmittag eine Übereinkunft über alle wesentlichen Punkte erzielt worden. Der Aufschluß wird sich nun mehr dem beschäftigten Abschluß des Berichts zuwenden in der Erwartung, daß dieser Bericht vor Ende dieser Woche zur Unterzeichnung bereit ist. Wie verlautet, wird die weitere Vorbereitung des Berichts in den Redaktionsausschuß erfolgen, dessen Vorsitzender der erste englische Delegierte Sir Josiah Stansby ist.

In Paris. Wie darüber meldet, ist in der gestern nachmittag abgeschlossenen Vollzung der Reparationskonferenz ein aus je einem Mitglied für jede Delegation bestehender kleiner Redaktionsausschuß eingesetzt worden, der die letzte Hand an den endgültigen Bericht legen soll. Die Unterabschüsse für Sachverständigen und für die internationale Bank sind nach der Vollzung der Konferenz ernannt zusammengetreten. Anschließend soll eine Sitzung des Redaktionskomitees, das wahrscheinlich die ganze Nacht hindurch tätig sein wird, stattfinden, so daß die erste Lesung des Endberichts in einer Vollzung am Donnerstag erfolgen kann.

### Bankett zu Ehren der deutschen Sachverständigen.

In Paris. Die Vereinigung der Korrespondenten deutscher Zeitungen in Paris veranstaltete gestern abend, also zu einer Zeit, da die Beendigung der Arbeiten der Reparationskonferenz unmittelbar bevorstand, zu Ehren der deutschen Delegation ein Essen, an dem n. a. der deutsche Botschafter von Höß, Botschaftsrat Dr. Ritter und andere Mitglieder der Botschaft, der Vorsitzende der Aktionärskommision, Dr. Ruppel, und einige unmittelbare Mitarbeiter der Delegierten teilnahmen. Der Vorsitzende der Vereinigung, Dr. Stahl, dankte den Delegierten für die mühsame und schwierige Aufgabe, die sie durchgeführt haben. Dieser Dank schloß sich Botschafter von Höß an. Reichskanzler Dr. Schacht hob in seiner Rede hervor, daß die Vertreter der deutschen Presse in Paris, trotzdem sie vielfach nicht alles gebilligt haben, was seitens der Delegierten geschehen sei, der Lösung eines Problems im höheren Interesse der allgemeinen Verständigung und des Friedens ihre wirkungsvolle Unterstützung geleistet hatten.

### Habib Ullah in Randabar eingezogen.

In Konstantinopel (Ottomanien). Wie aus Ankara gemeldet wird, haben die Truppen Habib Ullah in der Nacht vom 2. zum 3. Juni ohne Kampf die 2. Residenz Uman Ullah, Randabar, besetzt. An dem ehemaligen Schloss Uman Ullahs wurde die Flagge Habib Ullahs gehisst. Die Truppen Uman Ullahs liegen in der Stadt eine größere Menge Kriegsmaterial zurück. Das Schloß der Königin-Mutter, die in Randabar ansässig war, ist noch nicht bekannt. Durch diese Belebung steigt das politische Gewicht Habib Ullahs, der keine Nebenregenten mehr zu befürchten hat.